

# DEMOKRATIE WERKSTATT



Jugendparlament

Mitmachen • Mitbestimmen • Mitgestalten! Sonderausgabe

Freitag, 25. Mai 2012

## STEIRISCHE STIMMEN-



## STEIRER BESTIMMEN

Wir sind die drei Klassen aus der Steiermark, die 1A der HAK Liezen, die 5B und die 5C des BRG Körösi Graz, die am heurigen Jugendparlament zwei Tage lang teilnehmen dürfen. Dort geht es um das Thema „Jugendliche und Handynutzung“. Dabei wird die sinnvolle und weniger sinnvolle Nutzung des Handys in der Schule besprochen, und es werden Parteien gegründet, um ein Gesetz dazu zu verabschieden. Echte Abgeordnete der Parteien SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ und den GRÜNEN werden den jeweiligen Klubs zur Seite stehen. Weiters gibt es ThemenexpertInnen, die sich in ihren Berufen mit Medien und Informatik beschäftigen und den Klubs ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen. Allerdings wird das vorgeschlagene Gesetz nicht wirklich umgesetzt.

Es ist ein Privileg, hier sein zu dürfen und die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler werden viel Wissen aus dem Jugendparlament mitnehmen.

*Marion, Hilmar*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

# DIE REISE INS PARLAMENT

## Ab nach Wien ins Parlament

„Demokratie“ war das Schlagwort für unsere Reise in das Parlament nach Wien, zuvor mussten wir uns mit einem Medienbeitrag bewerben. Unsere Klasse beispielsweise nahm eine CD auf, das war nicht nur ein riesen Spaß, sondern auch super für die Klassengemeinschaft. Und schon kam ein Brief vom Parlament, dass wir am Jugendparlament 2012 teilnehmen dürfen. Nach einer angenehmen Zugfahrt von Graz nach Wien, wurden wir sehr freundlich im Parlament empfangen. Auch Bundesratspräsident Gregor Hammerl begrüßte uns herzlich. Sogar durch die große Tür auf den riesigen und schönen Balkon mit prächtigen

Statuen durften wir gehen. Diese wird sonst nur für Staatsbesuche geöffnet. Wir erfuhren auch sehr viel über die Geschichte des Parlaments, und dass die Säulenhalle der Kern des Parlaments ist. Auch viele andere Räume wurden uns gezeigt, wie zum Beispiel der Sitzungssaal des Bundesrates. In diesem fand auch die Abschlussrede des Bundesratspräsidenten statt. Mit diesem Überblick über das österreichische Parlament waren wir gut gewappnet für den nächsten Tag, bei dem die SchülerInnen auch selbst in die Rolle von Abgeordneten geschlüpft sind.  
*Sarah*



## INTERVIEW MIT GREGOR HAMMERL

Am ersten Tag unseres „Abenteuers“ rund um die Themen Politik und Demokratie wurde Bundesratspräsident Gregor Hammerl von einer jungen Journalistin interviewt. Sie begann mit der Frage, worum es sich beim Jugendparlament eigentlich handelt. Gregor Hammerl erzählte uns, dass man seit dem 29.6.2007 mit 16 Jahren wählen darf. Deswegen hat Mag.<sup>a</sup> Barbara Prammer, die Nationalratspräsidentin das Jugendparlament ins Leben gerufen. Das soll vordergründig zum Erforschen und Verstehen der Politik motivieren, um die Wahlquote bei den 16-Jährigen zu steigern. Weiters hat Herr Hammerl erklärt, wie die drei Klassen ausgewählt wurden. Es wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben, bei dem es um das Thema Demokratie gehen sollte. Die Siegerklassen wurden ins Parlament eingeladen. Weiters interessierte unsere Reporterin, wie Gregor Hammerl selbst zur Politik gelangte. Mit einem Lächeln gestand er, es wäre ein Zufall gewesen, bei dem Erich Edegger,

der ehemalige Grazer Vizebürgermeister hörte, dass sich Gregor Hammerl sehr engagiert. Danach war er 10 Jahre im Grazer Gemeinderat und darauffolgend 10 weitere Jahre im steirischen Landtag tätig. Er sieht den Schwerpunkt seiner Arbeit im Sozialbereich. Den erkennt man wiederum darin wieder, dass er im Rahmen eines Projektes 60 behinderte Kinder und Jugendliche ins Parlament einlädt, und dort von ihnen gestaltete Bilder aufhängen lässt.  
*Malina, Melanie*



Melanie im Gespräch mit dem Bundesratspräsidenten.



## AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Fotoshooting beim Jugendparlament.

Shooting im Hohen Haus

TeilnehmerInnen am Jugendparlament absolvieren ersten Fototermin

Wien (PK) – Gelöste Stimmung herrschte heute Vormittag beim Fototermin der am Jugendparlament teilnehmenden Klassen mit Bundesratspräsident Gregor Hammerl in der Säulenhalle des Hohen Hauses. Noch ein wenig müde, aber gespannt auf ihren Tag als Abgeordnete zeigten sich die Schülerinnen und Schüler der 5B und der 5C des BRG Körösi in Graz sowie der 1A HAK der BHAK Liezen, die diese Gelegenheit nutzten, um mit dem Vorsitzenden der Länderkammer ein wenig ins Gespräch zu kommen. Schon deutlich nervöser wirkten die Jugendlichen, als sie auf den Plätzen des Nationalratssitzungssaals Platz nehmen durften: Schließlich wird dieser Tag noch viele Überraschungen und Herausforderungen für sie bereit halten. (Schluss)



## SCHÜLER UND SCHÜLERINNEN WERDEN ZU ABGEORDNETEN

Drei ausgewählte Klassen dürfen einen Tag Abgeordnete sein.

Am zweiten Tag des Jugendparlamentes 05/12, versammelten sich alle SchülerInnen der ausgewählten Klassen, die während des Tages in die Rolle von Abgeordneten schlüpfen, zur Gruppenfindung im Nationalratssitzungssaal. In den vorher ausgeteilten Taschen befanden sich Zettel mit Schlagwörtern. Die jungen Abgeordneten mussten diese Begriffe nach persönlicher Wichtigkeit ordnen und fanden sich so in vier Gruppen - den Klubs violett, gelb, weiß und türkis - zusammen.

Jede Gruppe bekam zur Unterstützung und zur Beratung einen „echten“ Abgeordneten zur Seite gestellt. Dies wurde durch Ziehen eines Bandes in der Farbe der Gruppen zugelost. Es gilt jedoch zu

erwähnen, dass diese Abgeordneten nicht ihre Parteilinien vertreten haben und auch nicht als Abgeordnete tätig waren, sondern als BeraterInnen und HelferInnen für die Klubs fungieren. Die erste Gruppe mit der Farbe „Weiß“ bekam die Abgeordnete Tanja Windbüchler-Souschill und hatte mit 18 Personen den größten Zulauf. Die zweite Gruppe bekam die Farbe „Violett“ und hatte den Abgeordneten Thomas Einwallner zur Seite. Die dritte Gruppe „Türkis“ löste Elisabeth Hakel aus. Die letzte Gruppe hatte die Farbe „Gelb“ und als Abgeordneten Christian Höbart. Danach begaben sich alle Gruppen mit ihren Mitgliedern in die Klubräume.

Melanie, Malina

Freitag, 25. Mai 2012



## UNSERE UNTERSTÜTZER - DIE ABGEORDNETEN



Elisabeth Hakel  
(SPÖ)



Thomas Einwallner  
(ÖVP)



Ing. Christian Höbart  
(FPÖ)



Gerald Grosz  
(BZÖ)

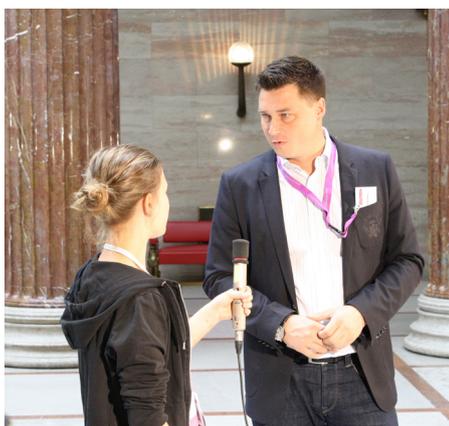


Tanja Windbüchler-Souschill  
(GRÜNE)

### INTERVIEWS MIT DEN ABGEORDNETEN

Am zweiten Tag unseres „Experiments“ haben wir die Abgeordneten interviewt. Da jede Partei einen Abgeordneten zur Seite gestellt bekam, war es natürlich interessant zu wissen, wie es ihnen dabei ergeht. Auf jeden Fall kann man sagen, dass es allen Spaß gemacht hat, mit den Jugendlichen zu arbeiten. Weiters haben sie uns alle erzählt, dass ihnen diese Arbeit gefällt, und dass sie sie gerne machen. Wir haben die Abgeordneten gefragt, wie es zum Jugendparlament gekommen ist, und es war interessant, die Hintergründe zu erfahren. Am 29. Juni 2007 wurde per Gesetz beschlossen, dass

man mit 16 wählen darf. Daraufhin wurde das Jugendparlament ins Leben gerufen. Eine andere Frage von uns, war auch, was die Abgeordneten für eine Rolle beim Jugendparlament haben. Sie erzählten uns, dass sie Helfer und Unterstützer sind, und dass sie versuchen, den Jugendlichen Politik so nah wie möglich zu bringen. Natürlich waren wir auch neugierig ob der heutige Gesetzgebungsprozess einem echten gleich? Auch da konnten sie nur lachend sagen: „Ja, allerdings!“. Abschließend kann man sagen, dass es allen Spaß gemacht hat, und dass es ein sehr lustiger Tag war. *Melanie*



## DIE ERSTE AUSSCHUSSSITZUNG

**Ein Ausschuss ist eine Sitzung, bei der Meinungen ausgetauscht und diskutiert werden.**

Die erste Ausschusssitzung fand um 11:00 Uhr statt, die zweite um 12:30 Uhr. Die Schüler und Schülerinnen haben dort das Thema „Handys in der Schule“ besprochen. Die Sitzung wurde von Ausschussvorsitzender Mag.<sup>a</sup> Julia Dörfel eröffnet. Der Ausschuss-Experte Dr. Christoph Konrath war ebenso anwesend und trug seine Meinung bei, um die Abgeordneten zu unterstützen. Die Diskussion

verlief hitzig, da die Meinungen verschiedene Bereiche und Gesetze betrafen. Die Parteien waren in verschiedene Farben eingeteilt. Manche Parteien, wie die Violetten, hielten sich eher im Hintergrund. Mag.<sup>a</sup> Julia Dörfel war vom Ablauf der Diskussion sehr begeistert, leider musste sie diese abbrechen, da die Zeit überzogen war.



## AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

### Bericht der Parlamentskorrespondenz zur ersten Ausschusssitzung des Jugendparlaments.

Generelles Handyverbot in der Schule bleibt Streitfall

Hitzige Debatte im Rahmen der ersten Ausschusssitzung

Wien (PK) – Da die Nutzung mobiler elektronischer Geräte wie Smartphones und Tablet-PCs durch Schülerinnen und Schüler derart zugenommen hat, dass der Unterricht in vielen Fällen beeinträchtigt wird, setzten sich die TeilnehmerInnen am Jugendparlament heute Mittag in einer ersten Ausschusssitzung mit einer Novelle des Schulunterrichtsgesetzes (17 d.B.) auseinander. In dieser wird eine Verpflichtung, mobile Telefone und vergleichbare elektronische Geräte für die Dauer des Aufenthalts im Schulgebäude abzugeben, festgeschrieben. Für die sichere Verwahrung und Rückgabe hat laut Entwurf die Schulleitung zu sorgen, die auch im Falle einer Beschädigung oder eines Verlusts des Geräts haftet.

Die gelbe Fraktion sprach sich gegen ein generelles Verbot mobiler elektronischer Geräte in der Schule aus, wollte aber gesetzliche Regelungen für die Nutzung im Unterricht. Diese sollen sowohl für SchülerInnen als auch für LehrerInnen gelten, meinten die Abgeordneten Julia Neumeister, Katrina Pichlmayer und Leo Kirchengast. Auf Wunsch eines Lehrers soll die Nutzung zu Recherchezwecken aber gestattet sein. Anstelle einer Abgabe bei der Schulleitung sollten die SchülerInnen selbst für die Verwahrung (z.B. in Kästchen) sorgen. Damit hätten die Jugendlichen in den Pausen Zugriff auf ihre Handys und könnten im Notfall zuhause anrufen.

Der weiße Klub, vertreten durch die Abgeordneten Matthias Salomon, Julian Tanos, Sidonie Ponz und Nadine Walcher, trat für Freiheit, Datenschutz und die Wahrung der Privatsphäre ein und lehnte den Gesetzesentwurf ab. Die vorgeschlagene Regelung sei mit großen finanziellen Risiken für die Schulen verbunden, da Geräte beschädigt werden oder verloren gehen könnten. Als Alternative schlug der Klub ihre Abgabe vor Schularbeiten und Tests vor.

Die violette Fraktion sprach sich ebenfalls gegen eine generelle Abgaberegulation aus. Die LehrerInnen könnten außerdem durch den Einsatz von Ersatzhandys getäuscht werden, meinten die Abgeordneten Jasmin Tasch und Alexandra Ebenschweiger.

Die Türkisen unterstützen ein generelles Verbot bis Ende der 8. Schulstufe. Ab der 9. Schulstufe sollten die Jugendlichen verantwortungsvoll genug sein, um derartige Geräte bei sich behalten zu dürfen. Für jene, die sich nicht an die Verhaltensregeln für die Nutzung im Unterricht halten, solle es aber Konsequenzen geben, meinten die Abgeordneten Christoph Hausner, Florian Cramer und Philipp Rokita. Eine Ausgabe der Geräte in der Pause hielt der türkise Klub für zu aufwändig. In Notfällen könnten die Schülerinnen und Schüler vom Sekretariat aus ihre Eltern verständigen. (Schluss)

## ERGEBNISSE NACH DEM ERSTEN AUSSCHUSS

Nachdem der erste Ausschuss vorbei war, fand eine Pause statt, in der heftig über die Ereignisse debattiert wurde. Unsere Reporter waren wie immer mittendrin. Sie interviewten die Pressesprecher der verschiedenen Klubs und die Abgeordneten, die ihnen an diesem Tag zur Seite standen. Aus den ersten Angaben ging hervor, dass sich die vier Klubs

relativ einig über den Gesetzesvorschlag waren. Sie tendierten zu einer Abänderung des Vorschlages, bei dem die Handys nicht abzugeben sind, sondern nur während der Schulstunde ausgeschaltet sein müssen. Ob sich dies bestätigt, wird sich nach dem zweiten Ausschuss herausstellen.

*David, Malina*



## INTERVIEW MIT DEN EXPERTINNEN IM AUSSCHUSS

Heute führten wir ein Interview mit den ExpertInnen im Ausschuss des Jugendparlaments. Wir haben die drei Experten, Frau Mag.<sup>a</sup> Michaela Kienberger, Herrn Mag. Wolfgang Reiter und Herrn DI Dr. Grischa Schmiedl, nach ihren Aufgaben im Jugendparlament befragt.

Frau Mag.<sup>a</sup> Michaela Kienberger, Medienpädagogin, ist für den Bereich zuständig, wo Medien auf Themen wie Familien und Beziehungen treffen. Sie vermittelt zwischen Eltern und Jugendlichen.

Herr Mag. Wolfgang Reiter ist Lehrer an einer PTS im

15. Bezirk in Wien, und er findet, dass Handys im Unterricht an seiner Schule ein großes Reizthema sind. Er will Grenzen zwischen Missbrauch und Gebrauch von Handys nicht verschmelzen lassen und hofft, dass er im Jugendparlament einen Lösungsbeitrag leisten kann.

Herr DI Dr. Grischa Schmiedl, Professor für Medientechnik und Informatik an der FH St.Pölten, ist heute nicht nur in diesen Bereichen tätig, sondern setzt sich auch für den sinnvollen Einsatz von Technik ein und will zeigen, wo Grenzen sind und wo sie aufhören. *Marion, Julian, Hilmar*



Mag.<sup>a</sup> Michaela Kienberger



DI Dr. Grischa Schmiedl



Mag. Wolfgang Reiter



Die ExpertInnen im Interview.

## DIE ZWEITE AUSSCHUSSSITZUNG

Beim zweiten Ausschuss waren die Pressesprecher von jeder Fraktion anwesend. In vielen Dingen waren sie sich einig, jedoch gab es noch einige Streitigkeiten aber die Höhe der Strafe. Die Gelben waren für eine Strafe (bei einem Vergehen gegen das Handyverbot) in Form einer Handyabnahme von bis zu einem Monat. Die Weißen waren allerdings nicht ganz mit der Strafe zufried-

den und brachten einen weiteren Antrag ein. Sie wollten eine mildere Strafe von bis zu 14 Tagen. Die Türkisen, die Violetten und die Gelben stimmten für den Antrag mit dem höheren Strafmaß. Dieser besagt: Nach einem Verstoß wird das Handy zunächst für einen Tag abgenommen, bei einem weiteren für eine Woche und nach dem dritten für einen Monat.  
*David, Sarah*



## AUS DER PARLAMENTSKORRESPONDENZ

**Bericht der Parlamentskorrespondenz zur zweiten Ausschusssitzung des Jugendparlaments.**

Mehrheit für kontrollierte Handynutzung im Schulunterricht

Überarbeitete Fassung des Gesetzesentwurfs passiert Ausschuss des Jugendparlaments

Wien (PK) – In einer weiteren Ausschusssitzung des Jugendparlaments stimmten drei der vier Fraktionen für die Novelle des Schulunterrichtsgesetzes in Fassung eines gemeinsamen Abänderungsantrags. Damit wird die Verwendung von Mobiltelefonen und vergleichbaren elektronischen Geräten während der Unterrichtsstunden für SchülerInnen und LehrerInnen grundsätzlich untersagt, sofern die Nutzung nicht zu schulischen Zwecken nach Genehmigung des Lehrpersonals erfolgt. Wer sich nicht an diese Regelung hält, hat das betreffende Gerät während der Schulzeit für diesen Tag, im Wiederholungsfall für die Dauer von einer Woche und bei weiterem Verstoß für die Dauer eines Monats abzugeben. Für die sichere Verwahrung und die Rückgabe beim Verlassen des Schulgebäudes haftet die Schulleitung.

Der weißen Fraktion waren die im Abänderungsantrag der anderen Klubs festgelegten Strafen zu weitreichend. Sie brachte daher einen eigenen Abänderungsantrag ein, der einen Entzug des Geräts von einem bis zu 14 Schultagen vorsieht. Dieser fand jedoch nicht die Zustimmung der anderen Fraktionen und wurde abgelehnt.

Der Abänderungsantrag der gelben, türkisen und violetten Fraktion passierte den Ausschuss mit Stimmenmehrheit. (Schluss)



# AUSSCHUSSBERICHT - BERICHTERSTATTUNG

## 18 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Jugendparlaments XXIV. GP

### Bericht

#### des Ausschusses des Jugendparlaments

über die Gesetzesvorlage (17 der Beilagen): Bundesgesetz mit dem das Schulunterrichtsgesetz geändert wird

Die Nutzungsmöglichkeiten von Mobiltelefonen, Smartphones und ähnlichen Geräten, z. B. Tablet-Computer, haben in letzter Zeit – bei sinkenden Kosten – enorm zugenommen. Für viele Schüler/innen ist ihre Verwendung auch im Schulbereich selbstverständlich. Die Nutzung dieser Geräte während des Unterrichts und insbesondere bei schriftlichen Prüfungen sorgt mittlerweile für Probleme an vielen Schulen.

Die Regelung der Verwendung solcher Geräte an Schulen, mit denen auch die Nutzung des Internets möglich ist, erfolgt teilweise im Rahmen von Hausordnungen und Verhaltensvereinbarungen. Wie sich in der Praxis zeigt, sind die Durchsetzungsmöglichkeiten – vor allem was Verbote während des Unterrichts und bei Prüfungen betrifft – stark eingeschränkt. Daher schlägt die Bundesregierung zum Schutz der Schüler/innen eine sehr restriktive Lösung vor und spricht sich für „handyfreie Schulen“ aus.

Der Ausschuss des Jugendparlaments hat die gegenständliche Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 26. Mai 2012 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Julia **Neumeister**, Katrina **Pichlmayer**, Matthias **Salomon**, Nadine **Walcher**, Florian **Cramer**, Julian **Tanos**, Christoph **Hausner**, Sidonie **Ponz**, Leo **Kirchengast**, Jasmin **Tasch**, Alexandra **Ebenschweiger** und Philipp **Rokita**. Die Vertreter/innen des Gelben Klubs sprachen sich für ein Verbot nur während des Unterrichts aus und forderten, dass es auch für Lehrer/innen gelten solle. Der Weiße Klub lehnte ein Verbot als Einschränkung von Freiheit und Eigentum und hielt die Abgabe aller Handys für praktisch nicht durchführbar. Der Türkise Klub unterstützte ein Verbot, allerdings nur bis zum Ende der 8. Schulstufe. Die Violetten lehnten den Gesetzentwurf ab.

Die Ausschussverhandlungen wurden von der Vorsitzenden um 11:05 Uhr unterbrochen und um 13:30 Uhr wieder aufgenommen. An der Debatte beteiligten sich sodann die Abgeordneten Leo **Kirchengast**, Sidonie **Ponz**, Matthias **Salomon** und Florian **Cramer**. Von allen Klubs wurde nunmehr ein grundsätzliches Handyverbot während der Unterrichtszeit gefordert. Allerdings konnte keine Einigkeit bezüglich der Sanktionen bei Verstoß gegen das Verbot erzielt werden.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf bezüglich Absatz 3 in der Fassung des Abänderungsantrages der Abgeordneten Florian **Cramer**, Leo **Kirchengast** und Alexandra **Ebenschweiger** sowie des gleichlautenden Abänderungsantrages der Abgeordneten Sidonie **Ponz** einstimmig beschlossen. Absatz 4 wurde in der Fassung des Abänderungsantrages der Abgeordneten Florian **Cramer**, Leo **Kirchengast** und Alexandra **Ebenschweiger** mit Stimmenmehrheit (**dafür**: Türkis, Gelb, Violett **dagegen**: Weiß) beschlossen.

Ein im Zuge der Debatte von der Abgeordneten Sidonie Ponz eingebrachter Abänderungsantrag betreffend Einfügung eines neuen Absatz 4 mit mildereren Strafbestimmungen fand keine Mehrheit. (**dafür**: Weiß, **dagegen**: Türkis, Gelb, Violett).

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Leo **Kirchengast** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Jugendparlaments somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2012 05 26

**Leo Kirchengast**

Berichterstatter

**Mag.<sup>a</sup> Julia Dörfel**

Obfrau



## AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

### Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Plenum des Jugendparlaments.

#### **Unerlaubte Handynutzung während des Unterrichts soll konsequent sanktioniert werden**

---

Jugendparlament nimmt diesbezügliche Novelle des Schulunterrichtsgesetzes einstimmig an

Wien (PK) – Nach eingehender Diskussion der vorgeschlagenen Novelle des Schulunterrichtsgesetzes stimmten alle vier im Jugendparlament vertretenen Fraktionen in einer abschließenden Plenarsitzung für eine überarbeitete Fassung des Entwurfs. Dieser sieht ein grundsätzliches Verbot der Nutzung von Mobiltelefonen und vergleichbaren elektronischen Geräten während der Unterrichtsstunden vor, sofern die Verwendung nicht zu schulischen Zwecken nach Genehmigung des Lehrpersonals erfolgt. Verstöße gegen diese Regelung sollen mittels Entzug des Geräts während der Schulzeit geahndet werden, wobei die Schulleitung für die sichere Verwahrung und Rückgabe beim Verlassen des Schulgebäudes Sorge zu tragen hat.

Die Dauer des Entzugs von mobilen elektronischen Geräten war noch im Ausschuss strittig gewesen. Die weiße Fraktion, die für geringere Strafausmaße gestimmt hatte, schloss sich zuletzt aber der von gelber, violetter und türkiser Fraktion vorgeschlagenen Regelung an: Somit sollen diejenigen, die sich nicht an die gesetzlichen Bestimmungen halten, bei erstmaligem Verstoß mit einem Entzug des betreffenden Geräts während eines Schultags zu rechnen haben. Im Wiederholungsfall müssen Handy bzw. Tablet-PC während der Schulzeit für die Dauer einer Woche oder sogar eines Monats abgegeben werden.

#### **Jugendliche und Handynutzung – ein vielschichtiges Thema**

Abgeordneter Alexander SADJAK (weiß) hielt es für wichtig, dass SchülerInnen ihr Handy laut beschlossener Regelung immer bei sich behalten können. Damit wäre nicht nur das persönliche Eigentum geschützt, sondern auch dem Bedürfnis, in Notfällen mit den Eltern Kontakt aufnehmen zu können, Genüge getan. Sadjak votierte überdies für einen sinnvollen Einsatz mobiler elektronischer Geräte im Rahmen des Schulunterrichts.

Abgeordneter Sebastian JAMNIG (gelb) meinte, es sei zu begrüßen, dass Handys und Tablet-PCs während des Unterrichts ausgeschaltet blieben und nunmehr einheitliche Regelungen zur Einschränkung ihrer Nutzung im schulischen Umfeld vorlägen. Dass Verstöße gegen diese Vorgaben strikt geahndet werden, diene der Abschreckung, schloss er.

Abgeordneter Richard SCHALK (türkis) bezeichnete das Handy als „wichtigsten Teil unseres technologischen Lebens“, machte zugleich aber auf Risiken und Problematiken wie das so genannte Cyber-Mobbing aufmerksam. Da mobile elektronische Geräte aber auch großen Nutzen hätten, solle ihr Einsatz im Unterricht nicht generell untersagt werden, zeigte er sich überzeugt.

Abgeordneter Christoph PENATZER (violett) sprach sich gegen die im Ursprungsentwurf vorgesehene generelle Abgabe von Handys während des Schultags aus, hielt Regelungen in Hinblick auf eine Einschränkung ihrer Nutzung im schulischen Bereich aber für notwendig. So bliebe der Griff zum Mobiltelefon in Notfällen gewahrt, zeigte er sich erfreut.

Abgeordneter Sebastian GRAF (weiß) hielt den Gebrauch von Handys für unverzichtbar und verließ seiner Erleichterung darüber Ausdruck, dass der im ursprünglichen Gesetzesentwurf geplante massive Eingriff in Eigentumsrechte und Privatsphäre abgewendet werden können.

**Fortsetzung**

Abgeordnete Sharon FRIMPONG (gelb) zeigte sich überzeugt, dass der Gebrauch von Handys zu privaten Zwecken im Schulunterricht die Konzentration der SchülerInnen beeinträchtigt. Die heute zur Abstimmung gebrachte Regelung sei deshalb mehr als begrüßenswert.

Abgeordneter Philipp ROKITA (türkis) stellte fest, dass es angesichts der Problematik, die der vermehrte Gebrauch von mobilen Endgeräten im Schulunterricht mit sich gebracht habe, richtig gewesen sei, die Initiative zu ergreifen und begrüßte den heute zu fassenden Beschluss.

Abgeordnete Alexandra EBENSCHWEIGER (violett) zeigte sich ebenfalls mit den zu Wege gebrachten Regelungen zufrieden. Sie seien ein guter Anfang, auch wenn zu bezweifeln sei, dass sie das Schummeln in der Schule eindämmen können.

Abgeordnete Lisa NEUBAUER (weiß) hielt es für unsinnig, die Nutzung von Handys an Schulen generell zu verbieten, zumal ein solches Verbot mit großem Verwaltungsaufwand einherginge. Es wäre zielführender, die Medienkompetenz der SchülerInnen zu fördern, schloss sie.

Abgeordneter Manuel SCOTT (violett) meinte, es sei grundsätzlich jedem Schüler und jeder Schülerin selbst überlassen, was er/sie im Unterricht tue. Dennoch stimme er der gegenständlichen Regelung zu, da das Thema zu wichtig sei, um am Status-quo festzuhalten.

Abgeordneter Andreas ERLBACHER (violett) dankte allen Fraktionen für die gute und produktive Zusammenarbeit, die den Beschluss des gegenständigen Gesetzes ermöglicht habe. Werde einem Schüler das Handy abgenommen, so habe er es – gemäß der heute festgelegten Regelungen – selbst verschuldet.

Abgeordnete freuen sich über einstimmigen Beschluss der Novelle

Abgeordnete Sidonie PONZ (weiß) hielt es für einen Verdienst ihrer Fraktion, dass es zu keinen übermäßigen Eingriffen in die Privatsphäre der SchülerInnen gekommen ist. Was heute beschlossen werde, sei ein Kompromiss, mit dem man sich einverstanden zeige. Was das Strafausmaß im Falle von Verstößen anbelange, habe ihre Fraktion bis zuletzt erfolglos für eine Herabsetzung gekämpft, schloss sie.

Abgeordnete Julia NEUMEISTER (gelb) zeigte sich erfreut darüber, dass die Regelung LehrerInnen und SchülerInnen gleich behandle: Beide dürften ihre mobilen Geräte im Unterricht nicht mehr zu privaten Zwecken verwenden, erläuterte sie.

Abgeordneter Markus LEISTER (türkis) meinte, die im ursprünglichen Entwurf vorgesehene generelle Abgabe mobiler Geräte für die Dauer des Unterrichts sei nicht zielführend gewesen und zeigte sich über die Abänderung der Novelle erfreut. Da der Gebrauch von Handys und Tablet-PCs aber mit nicht unwesentlichen Risiken einhergehe, plädierte er für die Einführung einer Projektwoche, in deren Rahmen Aufklärungsarbeit über etwaige Gefahren geleistet werden soll.

Abgeordneter Hubert FRITZ (violett) sprach angesichts des heutigen Beschlusses von einem guten Kompromiss und fasste nochmals die wesentlichen Punkte der Novelle zusammen.

Abgeordnete Katrina PICHLMAYER (gelb) hielt fest, der ursprüngliche Gesetzesentwurf habe in ihrer Fraktion für Empörung gesorgt, zumal es zur Eindämmung privaten Handygebrauchs während des Schulunterrichts geeignetere Mittel gebe. Für den gelben Klub habe festgestanden, dass es eine Regelung brauche, diese aber nicht die Strenge des Erstvorschlags haben dürfe, erläuterte sie. Nun gelte es, die beschlossenen Sanktionen im schulischen Bereich konsequent umzusetzen.

**Fortsetzung**

Abgeordneter Christoph HAUSNER (türkis) thematisierte eingangs das Problem der Handyabhängigkeit, sprach sodann aber auch von positiven Aspekten der Nutzung von Mobiltelefonen. Aufgrund dieser ambivalenten Situation solle ihr Gebrauch in den ersten vier Schulstufen generell verboten werden, forderte er.

Abgeordneter Sebastian SCHMID (violett) zeigte sich erfreut über den zu Wege gebrachten Kompromiss und kündigte die Zustimmung seiner Fraktion zum gegenständlichen Gesetzesentwurf an. „Es ist ein guter Beschluss für unsere Schulen“, stand für den Mandatar außer Frage.

Abgeordneter Leo KIRCHENGAST (gelb) hielt es für notwendig, dass die Schülerinnen und Schüler selbst erkennen, dass privater Handygebrauch im Unterricht störend wirke. Dieser Prozess ließe sich durch die abschreckende Wirkung des Entzugs von Geräten während des Schultags fördern, zeigte er sich überzeugt. Kirchengast brachte überdies einen Entschließungsantrag der gelben und türkisen Fraktion ein, in dem ein ausreichendes Eingehen auf den sinnvollen Umgang mit neuen Medien im Rahmen des Schulunterrichts gefordert wird.

**Abgeordnete des Jugendparlaments fordern weiterführende Maßnahmen**

Abgeordneter Alexander AHAMER (weiß) bezeichnete das Handy als Mittel der ständigen Verbindung zu anderen. Der einzelne habe also ein Recht darauf, online zu sein. Da Smartphones überdies effiziente Hilfsmittel in einem flexibler gestalteten Unterricht sein könnten, spreche auch nichts gegen ihre kontrollierte Nutzung im schulischen Bereich.

Abgeordneter Maximilian KUTTROFF (gelb) sprach ebenfalls von nützlichen Aspekten von Mobiltelefonen, die sie zu einem hilfreichen Instrument im Schulalltag machten. Um Konzentrationsproblemen durch übermäßige Ablenkung vorzubeugen, müsse ihr Einsatz aber kontrolliert erfolgen, zeigte er sich überzeugt.

Abgeordneter Florian CRAMER (türkis) forderte weitere gesetzliche Maßnahmen zum Thema Handynutzung in der Schule. Er brachte deshalb einen Entschließungsantrag seiner Fraktion ein, der vorsieht, dass in der 6., 7. und 8. Schulstufe jeweils eine Projektwoche zum sinnvollen Umgang mit neuen Medien stattzufinden hat.

Abgeordnete Janina RINNER (gelb) sprach von möglichen Gesundheitsrisiken, die mit einem übermäßigen Gebrauch mobiler elektronischer Geräte einhergehen könnten. Es sei deshalb zu begrüßen, wenn ihre Nutzung im schulischen Umfeld eingeschränkt werde, wie es die heute zu beschließende Novelle vorsehe, schloss sie.

Abgeordneter Matthias SÖLKNER (türkis) hielt die Förderung der Medienkompetenz junger Menschen für ein wesentliches Anliegen. Seine Fraktion spreche sich deshalb für eine Behandlung der Risiken des Gebrauchs von mobilen elektronischen Geräten im Rahmen des Schulunterrichts aus.

Abgeordnete Jeannine BODNER (gelb) hielt freie und unkontrollierte Handynutzung im Unterricht für problematisch und sprach überdies vom Suchtpotential, das von mobilen elektronischen Geräten für Jugendliche ausgehe. Sie sei froh, dass die heute zu beschließende Novelle diesem besorgniserregenden Trend gegensteure, schloss die Mandatarin.

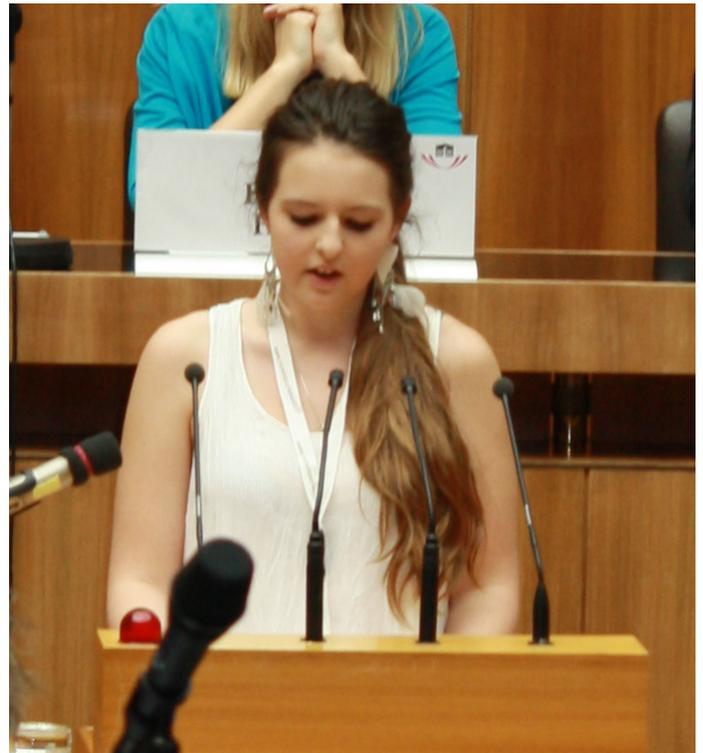
Abgeordneter Matthias SALOMON (weiß) zeigte sich erfreut darüber, dass eine alternative Lösung zum ursprünglich geplanten Gesetzesentwurf erzielt werden und seine Fraktion ihrer Linie treu bleiben konnte. Nun gelte es die weitere Entwicklung des Themas genau im Auge zu behalten, schloss er.

**Fortsetzung**

Im Rahmen der unter Vorsitzführung von Bundesratspräsident Gregor Hammerl durchgeführten Abstimmung wurde die Regierungsvorlage in der Fassung des Ausschussberichts einstimmig angenommen.

Der Entschließungsantrag der gelben und türkisen Fraktion betreffend sinnvoller Umgang mit neuen Medien passierte das Plenum des Jugendparlaments mit Stimmenmehrheit.

Ebenfalls mehrheitlich angenommen wurde der Entschließungsantrag der Türkisen betreffend Einführung einer Projektwoche zum Thema neue Medien. (Schluss)



# DER NEUE GESETZESTEXT

18 der Beilagen XXIV. GP - Ausschussbericht Jugendparlament - Gesetz

## Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz geändert wird

Das Jugendparlament hat beschlossen:

### Änderung des Schulunterrichtsgesetz 1986

Das Schulunterrichtsgesetz, BGBl. 472/1986, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. 36/2012, wird wie folgt geändert:

*Im § 43 (Pflichten der Schüler) werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:*

„(3) Während der Unterrichtsstunden, insbesondere bei Leistungsfeststellungen, dürfen Schüler/innen und Lehrer/innen Mobiltelefone und vergleichbare elektronische Geräte grundsätzlich nicht verwenden. Ausgenommen davon ist die Verwendung zu schulischen Zwecken nach Genehmigung des Lehrers/der Lehrerin.

(4) Wer gegen des Verwendungsverbot gemäß Abs. 3 verstößt, hat das Gerät für diesen Schultag beim Lehrer/bei der Lehrerin in Verwahrung zu geben. Im Wiederholungsfall ist das Gerät während der Schulzeit für die Dauer von einer Woche abzugeben. Bei abermaligem Verstoß ist das Gerät während der Schulzeit für die Dauer von einem Monat abzugeben. Der/die Schulleiter/in hat für die sichere Aufbewahrung und Rückgabe beim Verlassen des Schulgebäudes Sorge zu tragen.“



## IMPRESSUM

**Eigentümer, Herausgeber, Verleger,  
Hersteller: Parlamentsdirektion  
Grundlegende Blattrichtung:  
Erziehung zum  
Demokratiebewusstsein.  
Jugendparlament**



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

5C, BRG, Körösisstraße  
8010 Graz.  
5B, BRG, Körösisstraße  
8010 Graz.  
1AHK, BHAK/BHAS Liezen  
8940 Liezen

## ENTSCHLIESSUNGSANTRÄGE

### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Florian Cramer (Türkis)

betreffend den Umgang mit neuen Medien – Einführung einer Projektwoche in der 6., 7. und 8. Schulstufe

#### **Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

*Das Jugendparlament wolle beschließen:*

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass in der 6., 7. und 8. Schulstufe jeweils eine Projektwoche zum Thema „Sinnvoller Umgang mit neuen Medien“ stattfindet. Um den Schülern/innen zu diesem Thema ausreichend Wissen vermitteln zu können, sollen diese zu einer entsprechenden Weiterbildung in Bezug auf neue Medien verpflichtet werden.

### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Leo Kirchengast (Gelb) und Almir Baliija (Türkis)

betreffend den Umgang mit neuen Medien

#### **Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

*Das Jugendparlament wolle beschließen:*

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass ab der 5. Schulstufe im Unterricht auf das Thema „Sinnvoller Umgang mit neuen Medien“ in ausreichender Weise eingegangen wird.



DAS REPORTERINNENTEAM



Malina Jop (15)



Julian Beisteiner (15)



Marion Rohrer (16)



Hilmar Flammer (15)



Sarah Steger (14)



Melanie Stifter (15)



David Reiter (15)